

Willibold Frehner **Philippinen:**
Wahlen in
turbulenter Zeit

Am 14. Mai 2001 wurden in den Philippinen Wahlen durchgeführt, die auch als Referendum für oder gegen die neue Regierung von Präsidentin Arroyo angesehen wurden. Kandidaten für den Kongress, aber auch Gouverneure und Bürgermeister wurden gewählt. Mitten im Wahlkampf wurde der frühere Präsident Estrada verhaftet und es kam zu massiven Auseinandersetzungen zwischen Polizei, Militär und Demonstranten. Die Emotionen schlugen hoch und hundert Tote waren zu beklagen. Die Wahlen unterstrichen, dass das Land derzeit in zwei Lager gespalten ist. Eine Mehrheit der Bevölkerung unterstützt die Regierung, aber eine – wenn auch beträchtliche – Minderheit votierte für das Lager des gestürzten Estrada. Mit den Wahlergebnissen kann die Regierung politisch überleben, wenn auch das erhoffte starke Vertrauensvotum ausblieb. Will die Regierung die nächsten Präsidentschaftswahlen erreichen und eine positive Bilanz aufweisen, sind allerdings erhebliche Kraftanstrengungen von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft vonnöten.

Die Filipinos haben im Januar 2001 ihren unfähigen und korrupten Präsidenten Joseph Estrada aus dem Amt gejagt. Die neue Variante der *People's Power* hat den auf sechs Jahre gewählten Präsidenten bereits nach 31 Monaten chaotischer Regierung gezwungen, den Präsidentenpalast zu verlassen. Gegen den früheren Präsidenten Estrada, gegen eine Reihe seiner Gefolgsleute und gegen Begünstigte wurden Anklagen wegen Korruption und Veruntreuung vorbereitet. Estrada und sein Sohn Jinggoy wurden verhaftet und in ein eigens für diese beiden Häftlinge eingerichtetes Spezialgefängnis gebracht.

Die neue Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo hat von ihrem Vorgänger ein schweres Erbe übernommen. Insbesondere im wirtschaftlichen und im politischen Bereich zeigen sich gravierende Probleme, die sich nicht kurzfristig lösen lassen.

Am 14. Mai 2001 wurden in den Philippinen Wahlen durchgeführt, die auch als Referendum für oder gegen die neue Regierung der Präsidentin Arroyo angesehen wurden. Kandidaten für den Senat und den Kongress, aber auch Gouverneure und Bürgermeister wurden gewählt. Die Emotionen schlugen im Wahlkampf hoch: 100 Tote waren zu beklagen. Mitten im Wahlkampf wurde der frühere Präsident Estrada verhaftet. Im Verlaufe der mehrtägigen Demonstrationen für den verhafteten Expräsidenten kam es zu massiven Auseinandersetzungen und Strassenschlachten zwischen Polizei, Militär und Demonstranten, die sechs Tote und dreissig Verletzte forderten und bis zum Wahltag für große Nervosität im Lande sorgten.

Die Wahlen unterstrichen, dass das Land derzeit politisch in zwei Lager gespalten ist. Eine Mehrheit der Bevölkerung unterstützt die Regierung, aber eine Minderheit, die auch von beträchtlicher Stärke war, votierte für das Lager des gestürzten Präsidenten Estrada. Mit den Ergebnissen der Wahl kann die Regierungsseite politisch überleben und weiterregieren, wenn auch das erhoffte starke Vertrauensvotum ausblieb. Wenn die Regierung die nächsten Präsidentschaftswahlen in drei Jahren erreichen und darüber hinaus eine positive Bilanz vorweisen will, müssen allerdings erhebliche Kraftanstrengungen von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft unternommen werden.

Die in den ersten hundert Tagen von der neuen Regierung eingeleiteten Reformen müssen nun verstärkt fortgeführt und die Bemühungen um grundlegende Verbesserungen erheblich intensiviert werden. Durch die Regierungszeit des Präsidenten Estrada wurden die Reformbemühungen des früheren Präsidenten Ramos gestoppt. Die Entwicklung des Landes wurde für zweieinhalb Jahre unterbrochen. Die Kassen wurden erneut geplündert: verlorene Jahre für die Philippinen.

Um die tiefliegenden Probleme des Landes zu beseitigen, müssen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft erhebliche Reformanstrengungen unternommen werden. Echte demokratische Strukturen müssen aufgebaut und durchgesetzt werden, die Wirtschaftsordnung ist neu zu strukturieren, eine neue Verfassung wird benötigt und der Aufbau eines Sozialsystems ist voranzutreiben. Wenn die gravierende Problematik der Armut nicht durch staatliche Programme und Umverteilungsmassnahmen gelöst wird, kann es zur sozialen Explosion im Lande kommen.

■ **Um die tiefliegenden Probleme des Landes zu beseitigen, müssen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft erhebliche Reformanstrengungen unternommen werden.**

■ **Wahlen in den Philippinen** am 14. Mai 2001

Am 14. Mai 2001 waren von den insgesamt 76 Millionen Filipinos 36,5 Millionen registrierte Wähler (davon viereinhalb Millionen Erstwähler) aufgerufen, in 226 690 Wahlbezirken zu wählen. Die rund sechs Millionen philippinischen Gastarbeiter konnten ihre Stimme nicht abgeben. Insgesamt wurden durch die Wahlen über 17 000 Positionen neu besetzt: 13 Senatoren wurden gewählt, das gesamte Unterhaus (alle Sitze im Kongress) wurde neu besetzt, alle Gouver-

neure und Vizegouverneure, alle Bürgermeister und deren Stellvertreter sowie Beigeordnete der Stadtparlamente standen zur Wahl.

Das Wahlprocedere stellte hohe Anforderungen an die Wähler: Jeder Wähler musste z.B. aus 36 Kandidaten für den Senat 13 auswählen und die 13 Kandidaten namentlich in die Stimmzettel eintragen. Die namentliche Eintragung galt auch für die Kandidaten des Kongresses und für alle anderen zur Wahl anstehenden Positionen. Das Wahlprocedere stellte auch hohe Anforderungen an die Auszählung und Auswertung der Ergebnisse: Alle handschriftlichen Eintragungen mussten in einem zeitraubenden Verfahren ausgewertet und aufsummiert werden.

■ Die Emotionen schlugen im Wahlkampf, der am 28. Februar 2001 begann und 41 Tage dauerte, hoch: Knapp 100 Tote waren zu beklagen, die höchste Zahl in den letzten 15 Jahren.

Die Emotionen schlugen im Wahlkampf, der am 28. Februar 2001 begann und 41 Tage dauerte, hoch: Knapp 100 Tote waren zu beklagen, die höchste Zahl in den letzten 15 Jahren (bei den Präsidentschaftswahlen 1998 waren es nur 45 Tote; bei den Wahlen 1995 waren 76 Tote zu vermelden), 1400 Gewehre wurden im Verlauf des Wahlkampfes konfisziert, dazu ungezählte Stichwaffen. Es gab über 16 000 Verhaftungen.

Die Wahlen wurden einerseits als Referendum angesehen: Ein positiver Wahlausgang für die Kandidaten der Regierungsseite wurde als Zustimmung zur Politik der Regierung von Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo gewertet. Ein negativer Wahlausgang hätte natürlich den Argumenten der Regierungsgegner um den inhaftierten Ex-Präsidenten Estrada erheblich mehr Gewicht verliehen und der Regierung die Amtsgeschäfte erschwert.

Ganz konkrete Auswirkungen auf die Regierungsgeschäfte wurden selbstverständlich durch die Neuzusammensetzung von Senat und Kongress erwartet: Die Regierung von Präsidentin Arroyo würde sich schwer tun, geeignete Gesetze durch das Parlament zu bringen, wenn Kongress und Senat von Regierungsgegnern beherrscht würden.

Die Wahlen wurden in einem turbulenten politischen Klima durchgeführt. Das Amtsenthebungsverfahren gegen den früheren Präsidenten Estrada im Dezember 2000 erregte die Lager. Die Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die neue Präsidentin nach der sogenannten *People's Power Revolution* im Januar 2001 und die Anklage gegen den Ex-Präsidenten

ten nach seiner Verhaftung im April 2001 ließen die Emotionen hochschlagen. Das wirkte sich auch auf die Wahlbeteiligung aus: Rund 85 Prozent der eingeschriebenen Wähler, also rund 30 Millionen, gingen zu den Urnen.

Wegen der Umbrüche im Machtgefüge und wegen der politischen Unruhen mit Demonstrationen und Gegendemonstrationen waren einige der Wahlbeobachter der Meinung, dass es bereits als Erfolg für die Demokratie zu bewerten sei, dass die Wahlen überhaupt stattfanden.

Laut einer Umfrage glaubte ein Drittel der Wahlberechtigten, dass es zu Unregelmäßigkeiten bei der Vorbereitung, Durchführung und Auszählung der Wahlen kommen werde. Grosse Geldsummen wurden von den Kandidaten benötigt, um einen erfolgreichen Wahlkampf zu bestreiten. Zuwendungen wurden versprochen und ausgezahlt, wenn entsprechende Wahlergebnisse geliefert wurden. Der Wahlkampf ähnelte auch mehr einer Show – eine inhaltliche und politische Auseinandersetzung fand eher am Rande statt. Kein Wunder, dass deshalb Grössen aus dem Showgeschäft in Zusammenarbeit mit reichen Finanziers, denen sie verpflichtet sind, erfolgreich waren. Einzelkandidaten und Koalitionen warfen sich gegenseitig vor, Unregelmäßigkeiten und Betrügereien, auch bei den Wahlauszählungen, durch Geldzahlungen oder Versprechungen veranlasst zu haben.

Vor den Wahlen bildeten sich zwei politische Blöcke. Schon während des Impeachment-Verfahrens gegen den früheren Präsidenten Estrada formierte sich eine United Opposition aus der christdemokratischen Partei Lakas NUCD und kleineren oder Regionalparteien wie Reporma, Aksyon Demokratiko und Promdi. Diese United Opposition gab sich nach der *People's Power Revolution* und dem Sturz Estradas zu Beginn des Jahres 2001 den Namen People's Power Coalition (PPC). Die Gegenseite um den früheren Präsidenten Estrada formierte sich unter dem Koalitionsnamen Puwersa ng Masa (PnM), was soviel heißt wie Macht des Volkes.

■ Ausgewählte Ergebnisse

Die Auszählung der Wahlergebnisse erfolgte in einem umständlichen und zeitraubenden Verfahren. Dabei gab es zwei Zählweisen: National Movement for Free

■ **Wegen der Umbrüche im Machtgefüge und wegen der politischen Unruhen mit Demonstrationen und Gegendemonstrationen waren einige der Wahlbeobachter der Meinung, dass es bereits als Erfolg für die Demokratie zu bewerten sei, dass die Wahlen überhaupt stattfanden.**

■ **Nach Abgabe aller Stimmen und der Sammlung der Wahlurnen an zentralen Plätzen begann die offizielle Auszählung durch die Commission on Elections (Comelec). Erst rund drei Wochen nach dem Wahltag standen die Endergebnisse fest.**

Elections (NAMFREL), eine angesehene private NGO, begleitete und beobachtete die Wahlen, meldete Unregelmäßigkeiten im Wahlverlauf und bei der Auszählung und zählte selber aus. Die ersten Wahlergebnisse und Tendenzen wurden von NAMFREL veröffentlicht. Nach Abgabe aller Stimmen und der Sammlung der Wahlurnen an zentralen Plätzen begann die offizielle Auszählung durch die Commission on Elections (Comelec). Erst rund drei Wochen nach dem Wahltag standen die Endergebnisse fest.

Tendenzen der Wählergunst

Die Abstimmungsergebnisse zeigten einige regionale Besonderheiten. Der nördliche Teil der Philippinen (Luzon und Visayas) wählte mehrheitlich die Kandidaten der People's Power Coalition. Mindanaos Wähler votierten mehrheitlich für die Kandidaten der Opposition. Allerdings ist auch in Mindanao eine Unterscheidung zu treffen: Die christliche Bevölkerungsmehrheit der Insel bevorzugte das Lager von Estrada, während die Bevölkerung in muslimischen Gebieten mehrheitlich für die PPC votierte.

Wiederum bezogen auf das ganze Land, waren aber auch die christlichen Wähler in zwei Lager gespalten. Die Anhänger der katholischen Amtskirche tendierten eher zu den Kandidaten der PPC, während die beiden sektenähnlichen Glaubensgemeinschaften El Shaddai (rund fünf Millionen Anhänger) und Iglesia ni Cristo (ebenfalls rund fünf Millionen Anhänger) mehrheitlich das Lager Estradas bevorzugten.

Auch das Wählerverhalten bezüglich der Aufteilung nach Einkommensklassen zeigte erhebliche Unterschiede. Arme Bevölkerungsschichten mit geringem Zugang zu Bildungsmöglichkeiten unterstützten vorwiegend die Opposition, während jugendliche, gebildete und einkommensstarke Wählerschichten stark die PPC unterstützten.

Stabil geblieben ist die Tendenz, Wahldynastien zu bilden, in welchen der Sohn den Vater beerbt, wenn dessen Wiederwahl gesetzlich nicht mehr möglich ist, oder der Vater den Sohn in der politischen Position ablöst. Sind beide Möglichkeiten ausgeschöpft, wird auch die Ehefrau oder die Tochter ins Rennen geschickt. Die Osmeñas in Cebu, die Romualdez in Leyte, die Josons in Nueva Ecija, die Ortegas in La Union, die Singsons in Ilocos del Sur und die Dys in

Isabella sind Beispiele für Familien, die ihre Wahlkreise nach Belieben beherrschen und gewinnen.

Wahlen zum Senat

Für die Fortsetzung der Regierungstätigkeit durch das Kabinett der Präsidentin Arroyo waren insbesondere die Wahlen für den Senat und für das Repräsentantenhaus von Bedeutung, da diese beiden Kammern Gesetze einbringen können und den Gesetzesvorlagen der Regierung zustimmen müssen.

Die 24 Senatoren werden für einen Zeitraum von sechs Jahren gewählt. Alle drei Jahre wird jeweils die Hälfte der Senatoren gewählt. Bei den Wahlen am 14. Mai 2001 standen 13 Senatsmandate zur Neuwahl an, da Senator Teofisto Guingona seinen Sitz aufgab, um für das Amt des Vizepräsidenten zu kandidieren. Elf Senatoren waren 1998 gewählt worden. 36 Kandidaten bewarben sich um die 13 freien Senatsitze.

Die Wahlen zum Senat wurden landesweit durchgeführt, d.h. jeder der 36 Kandidaten hatte einen finanziell aufwendigen landesweiten Wahlkampf zu führen. Jeder Senator wurde von der Mehrheit der Gesamtwählerschaft der Philippinen bestimmt. Aus den Ergebnissen der Senatswahlen wurde auch die Gewichtung und die Zustimmung zu den politischen Blöcken (PPC versus PnM) abgelesen.

Noli de Castro, ein unabhängiger Kandidat, der durch seine Fernsehsendungen im ganzen Land bekannt ist, erreichte mit Abstand die meisten Stimmen. Auf den nächsten Plätzen folgten acht Kandidaten der Regierungskoalition (PPC) und vier Kandidaten der Opposition (PnM). Nicht für die demokratische Reife eines Teiles der Wähler spricht, dass ausgewiesenermaßen antidemokratische bzw. korrupte Kandidaten wie Honasan (Putschversuche), der Polizeichef Estradas, Lacson (Menschenrechtsverletzungen, Revolte) sowie die Frau Estradas, Luisa Ejercito (verwickelt in den Korruptionsskandal), in den Senat gewählt wurden.

Die Wahlen zum Senat ergaben somit folgende Gewichtung: Ein unabhängiger Senator, acht Senatoren der Regierungskoalition und vier Senatoren der Opposition wurden neu in den Senat gewählt (siehe dazu Tabelle 2).

Im neuen Senat (allesamt Personen mit einem Vermögen von mehr als einer Million DM) für die Peri-

■ Die Wahlen zum Senat ergaben folgende Gewichtung: Ein unabhängiger Senator, acht Senatoren der Regierungskoalition und vier Senatoren der Opposition wurden neu in den Senat gewählt.

ode 2001 bis 2004 werden somit elf Senatoren der Regierungskoalition neun Senatoren der Opposition gegenüberstehen (siehe dazu Tabelle 3). Vier Unabhängige bieten sich für Koalitionen an. Nach allen Erfahrungen dürften sich die Unabhängigen bei den anstehenden Koalitionsgesprächen eher der Regierungskoalition annähern, so dass die Regierung von einer funktionsfähigen Mehrheit im Senat ausgehen kann.

Da die Senatoren über landesweite Listen und nicht aus den Regionen gewählt werden, kommt es oft zu regionalen Ungleichgewichten. Von den elf Senatoren, die noch bis 2004 im Amt sind, stammen acht aus Luzon, einer ist aus Visayas und zwei sind aus Mindanao. Von den neu gewählten dreizehn Senatoren stammen elf aus Luzon, zwei kommen aus Visayas, keiner kommt aus Mindanao. Visayas und Mindanao sind damit im neuen Oberhaus völlig unterrepräsentiert. Diese Ungleichgewichtung zwischen den Regionen ist ein weiteres Argument für einen föderalen Aufbau der Philippinen, der auch eine Reform des Senats mit sich bringen würde.

I Tabelle 1
Senat der Philippinen:
24 Sitze

11 Senatoren wurden 1998 für sechs Jahre gewählt und behalten ihren Sitz also bis 2004

Loren Legarda	PPC/Lakas NUCD	} 3 Senatoren der Regierungskoalition
Robert Barbers	PPC/Lakas NUCD	
Renato Cayetano	PPC/Lakas NUCD	
Blas Ople	PnM	} 5 Senatoren der Opposition von Estrada
Teresa Oreta	PnM	
Tito Sotto	PnM	
Ramon Revilla	PnM	
Robert Jaworski	PnM	
Aquilino Pimentel	unabhängig	} 3 unabhängige Senatoren
Rodolfo Biazon	unabhängig	
John Osmeña	unabhängig	

I Tabelle 2
Neuwahl von 13 Senatoren

13 Senatoren wurden am 14. Mai 2001 neu für die kommenden sechs Jahre gewählt

1. Noli De Castro	unabhängig
2. Juan Flavier	PPC
3. Sergio Osmeña	PPC
4. Franklin Drilon	PPC
5. Joker Arroyo	PPC
6. Manuel Villar Jr.	PPC
7. Ramon Magsaysay	PPC
8. Francis Pangilinan	PPC
9. Edgardo Angara	PnM

- | | |
|-----------------------|-----|
| 10. Panfilo Lacson | PnM |
| 11. Luisa Ejercito | PnM |
| 12. Gregorion Honasan | PnM |
| 13. Ralph Recto | PPC |

Neue Zusammensetzung nach den Wahlen vom 14. Mai 2001

**■ Tabelle 3
Senat der Philippinen
2001-2004: 24 Mitglieder**

Loren Legarda	PPC	}	11 Senatoren der Regierungskoalition
Robert Barbers	PPC		
Renato Cayetano	PPC		
Juan Flavio	PPC		
Sergio Osmeña	PPC		
Franklin Drilon	PPC		
Joker Arroyo	PPC		
Manuel Villar Jr.	PPC		
Ramon Magsaysay	PPC		
Francis Pangilinan	PPC		
Ralph Recto	PPC		
Blas Ople	PnM	}	9 Senatoren der Opposition von Estrada
Teresa Oreta	PnM		
Tito Sotto	PnM		
Ramon Revilla	PnM		
Robert Jaworski	PnM		
Edgardo Angara	PnM		
Panfilo Lacson	PnM		
Luisa Ejercito	PnM		
Gregorion Honasan	PnM		
Aquilino Pimentel	unabhängig	}	4 unabhängige Senatoren
Rodolfo Biazon	unabhängig		
John Osmeña	unabhängig		
Noli De Castro	unabhängig		

■ Wahlen zum Repräsentantenhaus

Das philippinische Unterhaus kann im Höchsthfall aus 261 Mitgliedern bestehen. 209 Abgeordnete werden in 209 Wahlkreisen nach dem Mehrheitsprinzip gewählt. Durch ein Party-List-System werden mit landesweiten Listen weitere bis zu 52 Sitze vergeben. Das Party-List-System, seit 1987 in der Verfassung verankert, soll marginalisierten und unterrepräsentierten Sektoren der Gesellschaft zu stärkerer Repräsentanz im Kongress verhelfen.

In einem komplizierten System werden die Sitze vergeben: Eine politische Gruppierung erhält einen Sitz im Kongress, wenn wenigstens zwei Prozent der Stimmen erreicht werden, die beim Party-List-System abgegeben wurden. Ein weiterer Sitz wird vergeben, wenn vier Prozent erreicht werden, ein dritter, wenn sechs Prozent der Stimmen erreicht werden.

Mehr als drei Sitze können nicht von einer politischen Gruppierung erreicht werden. Bei den Wahlen am 14. Mai 2001 erreichten nur neun Gruppierungen mehr als zwei Prozent der Stimmen. Damit wurden die 52 Sitze im Kongress bei weitem nicht ausgeschöpft.

Durch das Party-List-System wird es ermöglicht, dass kleinere politische Gruppierungen im Kongress vertreten sind. Vertreter von linken Gruppierungen, wie der frühere Sprecher der Nationalen Demokratischen Front, Satero Ocampo, der Führer der radikalen Gewerkschaft Kilusang Mayo Uno, Crispin Beltrano oder Liza Masa, die Vorsitzende der Frauengruppe Gabriela, erlangte auf diesem Wege Sitze im Parlament. Das Party-List-System eröffnet allerdings auch für Schauspieler oder betuchte Politiker eine weitere Möglichkeit, einen Parlamentssitz zu gewinnen. Auch Gruppierungen mit wenig durchsichtigen politischen Programmen versuchen über dieses System Sitze im Kongress zu erreichen. Da das Ziel, marginalisierten und unterrepräsentierten Sektoren eine stärkere Repräsentanz zu gewähren, nur teilweise erreicht wird, ist dieses Verfahren auch scharfer Kritik ausgesetzt.

Die große Mehrheit der Kongressabgeordneten wird allerdings in den 209 Wahlkreisen bestimmt. Die christdemokratische Partei Lakas-NUCD gewann in der Mehrzahl der Wahlkreise das Direktmandat und errang über 90 der 209 Sitze. Zweitgrösste Gruppierung wurde die Nationalist People's Coalition mit rund 50 Sitzen, während früher starke Parteien wie die LPD (Laban ng Demokratikong Pilipino) mit 20 Sitzen und die LP (Liberal Party), ebenfalls mit 20 Sitzen, weniger gut abgeschnitten haben.

■ **Wegen des Erfolgs von Lakas-NUCD dürfte der nächste Sprecher des Repräsentantenhauses von dieser Fraktion gestellt werden. Der Sprecher leitet die Sitzungen, lenkt die Debatten und bereitet die Entscheidungen vor. De Venecia, der schon während der Regierung Ramos dieses viertwichtigste Amt im Staat innehatte, wird wohl auch der Sprecher des neu gewählten Hauses sein.**

Wegen des Erfolgs von Lakas-NUCD dürfte der nächste Sprecher des Repräsentantenhauses von dieser Fraktion gestellt werden. Der Sprecher leitet die Sitzungen, lenkt die Debatten und bereitet die Entscheidungen vor. De Venecia, der schon während der Regierung Ramos dieses viertwichtigste Amt im Staat innehatte, wird wohl auch der Sprecher des neu gewählten Hauses sein. Durch die relative Mehrheit der Christdemokraten, die sicher mit kleineren Gruppierungen koalieren werden, ist im Repräsentantenhaus ebenfalls eine tragfähige Mehrheit für die Regierung von Präsidentin Arroyo gegeben.

■ Unruhen nach Estradas Verhaftung

Am 25. April 2001 wurde der frühere Präsident Estrada verhaftet. Er ist der Korruption und der Veruntreuung öffentlicher Gelder angeklagt. Es war die erste Verhaftung eines Präsidenten wegen solcher Vergehen in der Geschichte der Philippinen. Mehrere tausend Anhänger des früheren Präsidenten versuchten, seine Festnahme in seinem Haus zu verhindern oder zumindest dagegen zu protestieren. Gegen die Übermacht der Polizei und der Marines war die Menge allerdings machtlos.

Die Polizei brachte Joseph Estrada und seinen ebenfalls verhafteten Sohn Jinggoy Estrada in das Polizeihauptquartier, um Fingerabdrücke und Fotos zu nehmen und einen Gesundheitscheck durchzuführen. Tausende von Anhängern des früheren Präsidenten demonstrierten auch vor dem Polizeihauptquartier gegen die Verhaftung Estradas. Ein Teil der Demonstranten zog weiter zum EDSA-Shrine, um dort zu demonstrieren.

An den folgenden fünf Tage versammelten sich Anhänger Estradas am EDSA-Shrine, um weiter gegen die Inhaftierung des Ex-Präsidenten zu protestieren. Die Anführer der Sekten El Shaddai und Iglesia ni Cristo brachten ihre Mitglieder und Anhänger zu den Protestversammlungen. Die Demonstranten forderten mit zunehmender Lautstärke die Wiedereinsetzung des früheren Präsidenten Estrada, den Rücktritt der Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo oder wenigstens vorgezogene Präsidentschaftswahlen. Einige der oppositionellen Kandidaten für den Senat nutzten die Versammlung, um Wahlkampf für die Opposition zu betreiben. Insbesondere die zur Wiederwahl anstehenden Senatoren Enrile, Honasan und Miriam Defensor Santiago heizten die Stimmung durch aggressive Parolen auf. Versorgt wurden die Demonstranten mit Lunchpaketen, gesponsert von wohlhabenden Freunden des früheren Präsidenten. Auch Gin floss in Strömen und Drogen machten die Runde.

Am Abend des 30. April 2001 versammelten sich wiederum Zehntausende am EDSA-Shrine, um gegen die Inhaftierung Estradas und gegen die neue Regierung zu demonstrieren. Estrada selbst rief aus der Haft dazu auf, den Präsidentenpalast zu stürmen, um

■ Am 25. April 2001 wurde der frühere Präsident Estrada verhaftet. Er ist der Korruption und der Veruntreuung öffentlicher Gelder angeklagt. Es war die erste Verhaftung eines Präsidenten wegen solcher Vergehen in der Geschichte der Philippinen.

■ In der Nacht zum 1. Mai 2001 setzten sich gegen Morgen zwei Demonstrationzüge in Bewegung. Einer sollte den Expräsidenten Estrada befreien, die zweite rückte in Richtung Präsidentenpalast vor.

die Präsidentin zu stürzen. Die am EDSA-Shrine anwesenden Oppositionskandidaten unterstützten diese Forderungen. In der Nacht zum 1. Mai 2001 setzten sich dann gegen Morgen zwei Demonstrationzüge in Bewegung. Einer sollte den Expräsidenten Estrada befreien, die zweite rückte in Richtung Präsidentenpalast vor. Polizei und Militär verlegten daraufhin die beiden Gefangenen (Expräsident Estrada und seinen Sohn) in ein Gefängnis außerhalb Manilas, so dass diese für die Demonstranten ausser Reichweite waren. Alle Demonstranten (Beobachter sprechen von 20 000 bis 50 000 Menschen) zogen daraufhin zum Präsidentenpalast, um die Präsidentin vom Regierungssitz zu vertreiben. Das herbeigerufene Militär bekam die Order, den Präsidentenpalast mit allen Mitteln zu verteidigen, gegen Demonstranten aber maximale Toleranz zu wahren, was konkret hiess, keine Schusswaffen in der direkten Auseinandersetzung mit Demonstranten einzusetzen.

Vor dem Präsidentenpalast kam es in den Morgenstunden zu massiven Auseinandersetzungen und Strassenschlachten zwischen Polizei, Militär und Demonstranten, die insgesamt sechs Tote und über dreissig Verletzte forderten. Der Einsatz des Militärs wurde von der Regierung durch die Ausrufung des *State of Rebellion* gerechtfertigt, einer Maßnahme, die bei einer gewalttätigen Rebellion mit dem Ziel des Sturzes der Regierung in Kraft treten kann. Die Ausrufung des *State of Rebellion* ermöglicht die Verhaftung von Rädelsführern der Revolte ohne vorherigen Haftbefehl durch ein Gericht. Festgenommen wurden der frühere Senator Enrile und der frühere Botschafter der Philippinen in der USA, Maceda. Mit dem Ziel der Festnahme gesucht wurden Senator Honasan und der frühere Polizeichef Estradas, Panfilo Lacson.

Wenige Tage nach der Niederschlagung des Putsches hob die Präsidentin den *State of Rebellion* wieder auf. Die inhaftierten Anführer der Revolte kamen gegen Zahlung von Kautionen wieder auf freien Fuß. Die zeitweise untergetauchten Anführer Honasan und Lacson erschienen wieder in der Öffentlichkeit und führten den Wahlkampf um die Senatsposten weiter.

■ Das Erbe der Regierungszeit Estradas

Die Regierung von Präsidentin Gloria Macapagal Arroyo hat ein schweres Erbe übernommen. Skandale und Probleme während der Regierungszeit Estradas haben die ohnehin labile wirtschaftliche Situation in den Philippinen noch verschärft: Insidergeschäfte an der Börse haben im vergangenen Jahr zu Kursverfall und Kapitalflucht geführt. Die Neuinvestitionen sind im letzten Jahr dramatisch zurückgegangen. Militärische Auseinandersetzungen in Mindanao haben hohe Summen für die Armee verschlungen und Teile der dortigen Wirtschaft lahmgelegt. Wegen der Kriegshandlungen in Mindanao und der Entführungen sind Touristen ausgeblieben. Das Haushaltsdefizit, ein anderes Erbe der Regierungszeit Estradas, beläuft sich auf die Rekordhöhe von 140 Milliarden Peso.

Präsidentin Arroyo hat in den ersten hundert Tagen ihrer Regierung einige Weichen gestellt, um die drängenden Probleme anzugehen:

- Die innenpolitische Situation konnte durch ein gutes Verhältnis zu den Streitkräften gefestigt werden;
- Durch vertrauensbildende Massnahmen konnte der Peso stabilisiert werden;
- Friedensverhandlungen mit den Rebellen in Mindanao (MILF) und mit kommunistischen Untergrundbewegungen wurden eingeleitet;
- Durch Ausgabenkürzungen wurde das Budgetdefizit in Grenzen gehalten.

Um die kurzfristigen Probleme zu lösen, ist es nun dringend erforderlich, ein attraktives Klima für Neuinvestitionen zu schaffen, das staatliche Budget durch verstärkte Steuereinnahmen auszugleichen, um damit die Basis für weitere notwendige Staatsausgaben zu schaffen und durch den Tourismus Devisen zu erwirtschaften.

In engem Zusammenhang damit ist auch zu sehen, wie die Anklage gegen den früheren Präsidenten geführt wird und ob es zu einer Verurteilung kommt. Die Verhandlung gegen Estrada wird zeigen, wie ernst es den Gerichten und der Regierung ist, wirklich mit allen verfügbaren Mitteln gegen die wuchernde Korruption vorzugehen und dabei rechtsstaatliche Grundsätze anzuwenden.

■ Die Regierung von Präsidentin Gloria Macapagal Arroyo hat ein schweres Erbe übernommen. Skandale und Probleme während der Regierungszeit Estradas haben die ohnehin labile wirtschaftliche Situation in den Philippinen noch verschärft.

■ Längerfristige Perspektiven für die neue Regierung

Neben der Lösung kurzfristiger Probleme stehen in den Philippinen gewaltige längerfristige Probleme zur Lösung an:

Aufbau echter demokratischer Strukturen

■ **Hinter der demokratischen Fassade der Philippinen hat sich eine Elitendemokratie breitgemacht. Patronage, familiäre Beziehungen, Familienclans bestimmen die politischen Verhältnisse.**

Hinter der demokratischen Fassade der Philippinen hat sich eine Elitendemokratie breitgemacht. Patronage, familiäre Beziehungen, Familienclans bestimmen die politischen Verhältnisse. Persönlicher Reichtum ist die unentbehrliche Grundlage im Kampf um wichtige politische Ämter. Diese werden dann dazu genutzt, den vorhandenen Reichtum zu mehren. Eine echte Demokratie mit breiter Beteiligung des Volkes an den Entscheidungen steht noch aus.

Um dieser Elitendemokratie entgegenzuwirken, muss die neue Regierung folgende Ziele anstreben:

- Ein funktionierender Rechtsstaat mit echter Gewaltenteilung und parlamentarischer Kontrolle muss aufgebaut werden.
- Politische Parteien mit inhaltlichen Programmen müssen gestärkt werden, und diese Parteien müssen zu Interessenvertretungen der Bürger werden.
- Eine Verfassungsänderung ist vorzubereiten, um mit einem parlamentarischen System die Macht des Präsidenten zu kontrollieren und mit einem föderalen Aufbau den Regionen mehr Eigenständigkeit, Bürgernähe und Selbstverantwortung zu geben.
- Der Polizei und den Streitkräften müssen ihre Rollen im Rahmen einer demokratischen Ordnung zugewiesen werden. Diese Institutionen sind zu modernisieren und finanziell besser auszustatten, damit Korruption z.B. für den einzelnen Polizeibeamten nicht mehr überlebensnotwendig ist.
- Das Bildungs- und Gesundheitssystem ist zu reformieren und vorzubereiten auf die enormen Aufgaben im 21. Jahrhundert.
- Insgesamt ist die öffentliche Verwaltung neu zu ordnen, zu demokratisieren und an den Bedürfnissen der Bürger auszurichten.

Wirtschaftsordnung neu strukturieren

Die Elitendemokratie wird begleitet durch monopol-kapitalistische wirtschaftliche Strukturen, die dazu führten, dass gewaltige Vermögen in wenigen Händen angehäuft wurden. Durch diese Strukturen wird Wettbewerb verhindert und neuen Marktteilnehmern der Zugang erschwert. Diese Strukturen ziehen durch den fehlenden Wettbewerb hohe Kosten für die Verbraucher nach sich so gehören die Energiepreise, insbesondere die Stromkosten, zu den höchsten in Asien.

Schon in ihrer Regierungserklärung hat die Präsidentin angekündigt, dass mehr Wettbewerb und größere Chancengleichheit am Markt hergestellt werden sollen. Das würde Neuinvestitionen beflügeln und jungen Unternehmen die Chance geben, am Markt zu bestehen, um veraltete Strukturen aufzubrechen und zu überwinden. Soziale Marktwirtschaft müsste ein Schlüsselwort für die kommenden Jahre werden. Durch Mitbestimmung und Teilhabe von Arbeitern und Angestellten könnte die gelebte Demokratie vertieft und darüber hinaus auch ein Verteilungsaspekt berücksichtigt werden.

Das traditionell geringe Wirtschaftswachstum in den Philippinen müsste stark beschleunigt werden, um breite Bevölkerungsschichten mit billigen Konsumgütern zu versorgen und um neue Arbeitsplätze und Einkommen zu schaffen.

Neue Verfassung mit föderalem Aufbau und parlamentarischem System

Die gegenwärtige zentralistische Präsidialverfassung der Philippinen gewährt den Regionen, Provinzen und Kommunen nur wenig Entscheidungsspielraum. Problemen mit Minderheiten wie den Muslimen und Lumads in Mindanao wird eine solche Verfassung nicht gerecht, da keine Mitsprache, Mitbeteiligung oder Selbstbestimmung gewährt wird. Permanente Konflikte und kriegerische Auseinandersetzungen sind eine Folge des Zentralismus. Das Amtsenthebungsverfahren gegen Estrada legte auch die Schwäche des Präsidialsystems in den Philippinen offen. Unkontrollierte Machtfülle öffnet dem Missbrauch und der Korruption Tür und Tor. Eine neue Verfassung müsste den Staatsaufbau neu strukturieren, die Zentralisierung politischer und wirtschaftli-

■ Das traditionell geringe Wirtschaftswachstum in den Philippinen müsste stark beschleunigt werden, um breite Bevölkerungsschichten mit billigen Konsumgütern zu versorgen und um neue Arbeitsplätze und Einkommen zu schaffen.

cher Macht in Manila reduzieren, das Regierungs- und Justizsystem modernisieren und ein System der sozialen Marktwirtschaft festschreiben.

Aufbau des Sozialstaats

Die offizielle Statistik sagt aus, dass die zehn Prozent der reichsten Filipinos ein jährliches Einkommen haben, das doppelt so hoch ist wie das Einkommen der nächsten zehn Prozent und das 35 Mal so hoch ist wie das Einkommen der untersten Einkommensgruppe. Die ohnehin bestehenden beträchtlichen Einkommensunterschiede vergrößern sich weiter. Durch den Auf- und Ausbau eines sozialen Netzes könnte zumindest verhindert werden, dass Arbeitslose, Alte und Kranke ins soziale Elend stürzen. Die Durchsetzung eines funktionierenden und progressiven Steuersystems könnte nicht nur das Steueraufkommen insgesamt erhöhen und für mehr Steuergerechtigkeit sorgen, sondern auch die finanzielle Grundlage schaffen für Programme zum Ausgleich der Disparitäten.

Armutsbekämpfung

Über 35 Prozent der Menschen in den Philippinen, das sind knapp 30 Millionen, leben in extremer Armut. In einigen Gebieten Mindanaos sind es über 55 Prozent. Die Regierung Estrada versprach, die Reduzierung der Armut von 35 auf 24 Prozent zum Ende der Amtszeit zu erreichen. Doch schon im vergangenen Jahr urteilte die Asian Development Bank, dass die Regierung Estrada kein ernsthaftes Programm zur Armutsbekämpfung aufgelegt und somit die Zielsetzung verfehlt hat, auf die Bedürfnisse dieser Bevölkerungsschicht einzugehen und deren Probleme zu lösen.

Gezielt den Armen helfen heißt:

- Ihnen den Zugang zu Land, Kapital, Krediten, Gesundheitsprogrammen und Bildung ermöglichen;
- Ihnen im Fall von Krankheiten, Naturkatastrophen und dem Verlust des Arbeitsplatzes durch Sozialprogramme helfen;
- Ihnen die politische Macht und die wirtschaftliche Möglichkeit geben, ihre Situation zu ändern.

■ **Über 35 Prozent der Menschen in den Philippinen, das sind knapp 30 Millionen, leben in extremer Armut.**

Voraussetzung für das Gelingen solcher Programme sind allerdings:

- Der politische Wille bei den Reichen und Mächtigen des Landes, dies in der Realität auch durchzusetzen;
- Opfer zu verlangen und zu bringen, um eine Umverteilung zu ermöglichen;
- Die geeigneten Mechanismen (effektives Steuersystem, Sozialversicherung etc.) einzusetzen und diese Programme wirklich umzusetzen.

Entwicklung des ländlichen Raumes

In den ländlichen Regionen ist die Anzahl und der Anteil der armen Bevölkerung besonders hoch. Durch die Entwicklung des ländlichen Raumes können verschiedene Ziele erreicht werden, darunter die Selbstversorgung mit Lebensmitteln, die Armutsbekämpfung und die bessere Wettbewerbsfähigkeit landwirtschaftlicher Produkte. Gezielte Programme für den ländlichen Raum können die Abwanderungstendenzen verringern und den Zustrom in die ohnehin problematischen Ballungsräume begrenzen. Programme, die den ländlichen Raum betreffen, müssen insbesondere auf die Modernisierung der veralteten landwirtschaftlichen Produktionsstrukturen zielen und die Infrastruktur verbessern. Die bisher halbherzig begonnenen Ansätze der Agrarreform müssen neu formuliert und das Ministerium muss mit entsprechenden finanziellen Mitteln ausgestattet werden, um die Aufgaben ausführen zu können. Die Elektrifizierung des ländlichen Raums ist noch lange nicht abgeschlossen, die Bewässerungssysteme sind auszuweiten, der ländliche Strassenbau ist voranzutreiben. Der Transport von Agrargütern zu den Märkten im In- und Ausland muss verbessert werden.

Bevölkerungsentwicklung

Das Bevölkerungswachstum der Philippinen ist mit jährlich 2,3 Prozent eines der höchsten in der Welt. Bei einer Gesamtbevölkerung von derzeit 76 Millionen wächst die Bevölkerung um über 1,7 Millionen pro Jahr. Das heißt, dass jährlich über eine Million zusätzliche Schüler zur Schule gehen sollen (gegenwärtig gibt es bereits 20 Millionen schulpflichtiger Kinder) und dass jährlich eine Million Menschen zu-

■ **Das Bevölkerungswachstum der Philippinen ist mit jährlich 2,3 Prozent eines der höchsten in der Welt. Bei einer Gesamtbevölkerung von derzeit 76 Millionen wächst die Bevölkerung um über 1,7 Millionen pro Jahr.**

sätzlich Arbeitsplätze suchen. Für die Regierung ist das schon heute eine unlösbare Aufgabe. 40 Prozent der philippinischen Bevölkerung sind unter 15 Jahren alt. Wenn die Angehörigen der nachwachsenden Generation, wie ihre Eltern, drei bis vier Kinder haben werden, ist mit einem starken Anstieg der Bevölkerungszahl in wenigen Jahren zu rechnen. (Im Jahr 2025 könnten es bereits über 140 Millionen Menschen sein.) Eine Explosion der Armut in den Philippinen wäre dann unausweichlich.